

durch die Münchner Veranstalter ihre Teilnahme abgesagt hatten, (2) die Ausweisung der Friedrich-Naumann-Stiftung - als Folge eines Tibetseminars der Stiftung, zu der auch Vertreter des Dalai Lama hinzugebeten worden waren und (3) der Beschluß des Deutschen Bundestags vom 20.6.96 gegen die chinesische Menschenrechtspolitik (ausführlich dazu C.a., 1996/6, S.598 ff.). Im Anschluß an die Bundestagsresolution war Außenminister Kinkel, der kurze Zeit später nach China reisen wollte, von Beijing ausgeladen worden. Erst mit halbjähriger Verspätung hatte er die Visite dann nachholen können.

Li Ruihuan wies bei einem Interview (*Die Welt*, 12.6.97) mit versöhnlichem Lächeln auf all diese Ereignisse zurück: die deutsch-chinesischen Beziehungen seien gut; nur im vergangenen Jahr sei es zu „kleinen Unruhen“ gekommen. „Selbst unter Brüdern“ sei Streit unvermeidbar. In der Geschichte gebe es zwischen Deutschland und China aber keine Probleme, und auch in der Gegenwart seien keine grundlegenden Interessenkonflikte erkennbar. Für China, das auf dem Gebiet der Wirtschaft und Technik der Welt größtes Entwicklungsland sei, habe es besondere Bedeutung, mit Deutschland in allen Bereichen zusammenzuarbeiten. Beide Partner könnten sich auf vielen Gebieten ergänzen und hätten auch in der Vergangenheit bereits große gemeinsame Erfolge erzielt. Deutschland sei Chinas Handelspartner Nr.1 in Europa und stehe auch bei der Koproduktion an der Spitze.

Auf die Frage nach Chinas Menschenrechtspolitik war Li offensichtlich besonders gut vorbereitet. Chinas Haltung lasse sich hier in drei Punkten zusammenfassen: (1) Das Prinzip der Universalität der Menschenrechte solle anerkannt werden; China habe im übrigen als Mitglied der UN-Menschenrechtskommission bereits 17 internationale Menschenrechtskonventionen unterzeichnet und plane, bis Ende 1997 auch die internationale Konvention über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte zu unterzeichnen. (2) Allerdings müßten im Hinblick auf die konkreten traditionellen und wirtschaftlichen Gegebenheiten vorübergehende Einschränkungen hingenommen werden: so gehöre beispielsweise das Gebären von Kindern zu den Grundrechten der Frauen; ohne Geburtenplanung andererseits würde sich die Bevölkerung Chinas in zehn bis zwanzig Jahren verdoppeln (sic!). (3) Die Verwirklichung der Menschen-

rechte sei ein kontinuierlicher Prozeß. China sei bereit, mit jedem Land der Erde darüber gleichberechtigt Dialoge zu führen; gleichzeitig wende es sich aber energisch dagegen, daß andere Länder bei kleinstem Anlaß zu Sanktionen oder anderen Maßnahmen griffen, die der Weiterentwicklung der Menschenrechte keinerlei Vorteile brächten.

Die Rückkehr Hongkongs bezeichnete Li als ein „großes Ereignis für das gesamte chinesische Volk, weil wir mit der Rückkehr Hongkongs die hundert Jahre währende nationale Schande beseitigen können“. Die jetzige Lebensweise der Hongkonger Bevölkerung werde durch die Rückkehr in keiner Weise beeinträchtigt. China sei an der Stabilität und Prosperität Hongkongs außerordentlich interessiert. Man vergesse nicht: in den vergangenen 18 Jahren habe Hongkong, über das die Hälfte des chinesischen Außenhandels laufe, bereits eine herausragende Rolle für die Reform und die Modernisierung der VRCh geleistet. Möglicherweise tauchten nach dem Übergang Hongkongs noch da und dort Schwierigkeiten auf; immerhin gebe es ja für einen Vorgang wie die Rückkehr Hongkongs in der Geschichte keinen Präzedenzfall. Die VRCh sei aber bemüht, alle unerwartet auftretenden Probleme rechtzeitig und flexibel zu lösen.

Das nunmehr auf Hongkong praktisch angewandte Konzept „Ein Land, zwei Systeme“ sei eigentlich für Taiwan ausgearbeitet worden. Nun werde es aber zuerst in Hongkong praktiziert. Komme es zu einer reibungslosen Übergangslösung in Hongkong, so werde dies auch ein „gutes Modell zur Lösung der Taiwan-Problematik abgeben“, zumal die VRCh im Falle Taiwan noch großzügiger vorgehen wolle als in Hongkong: Taiwan könne beispielsweise seine eigene Armee behalten. Die Rückkehr Taiwans sei keine Frage des Ob, sondern nur noch des Wann.

#### b) Applaus zu einem China-Kommentar Genschers

Vor dem Besuch Li Ruihuans hatte sich auch der frühere deutsche Außenminister Genscher zu Wort gemeldet und darauf hingewiesen, daß eine neue Weltordnung ohne die Beteiligung Chinas unvorstellbar sei. Die chinesische Seite hatte diese Bemerkung augenblicklich aufgegriffen und sie in zahlreichen Berichten und Kommentaren weiterverbreitet. (z.B. XNA, 8.u.11.5.97)

#### c) Kanzler Kohl in Hongkong

Wenige Wochen vor der Li-Visite in Bonn hatte Bundeskanzler Kohl zum Abschluß einer Asienreise auch Hongkong besucht und dort Gespräche mit dem künftigen Regierungschef Tung Chee Hwa geführt (XNA, 10.5.97). Dabei gab er seinem Gesprächspartner, Tung, zu verstehen, daß die Bundesregierung sehr genau darauf achten werde, ob China seine Zusagen nach dem 1. Juli einhalte. Dies gelte besonders für das Verhalten der künftigen Regierung von Hongkong gegenüber den dort lebenden Deutschen sowie den dort tätigen Unternehmen und Institutionen.

Hongkong war die letzte Station der elftägigen Reise Kohls, in deren Verlauf Brunei, Australien und Neuseeland besucht wurden. Die Reise war Bestandteil des Asienkonzepts der Bundesregierung, die dem asiatisch-pazifischen Raum besondere Bedeutung beimißt, vor allem in außenwirtschaftlicher Hinsicht. -we-

#### 4 Strategische Partnerschaft mit Moskau

Vom 22. bis 26.4.97 besuchte Staatspräsident Jiang Zemin die Russische Föderation. Er leitete damit die bereits vierte Gipfelkonferenz zwischen den beiden Nachbarstaaten seit der Geburtsstunde Rußlands im Dezember 1991 ein.

Höhepunkt des Besuchs war die Unterzeichnung einer „Gemeinsamen Erklärung“ über die Begründung einer „strategischen Partnerschaft“.

Zusätzlich kam es zu einem Abkommen über vertrauensbildende Maßnahmen in den gemeinsamen Grenzregionen, das nicht nur von China und Rußland, sondern auch von den ehemaligen zentralasiatischen Sowjetrepubliken Kasachstan, Kirgistan und Tadschikistan unterzeichnet wurde (Näheres dazu im Thema „Strategische Partnerschaften“). -we-

---



---

## Innenpolitik

---



---

#### 5 Debatte über die Zukunft der Staatsindustrie: „Die Kommunistische Partei verliert die ökonomische Basis ihrer Herrschaft“

Der von der Beijinger Führung betriebene neue Reformschub in der Staatsindustrie, der eine durchgreifen-

de Neuordnung der Eigentums- und Kontrollstrukturen in der chinesischen Wirtschaft mit sich zu bringen beginnt (siehe C.a. 1997/4, S.287-288), ist Gegenstand einer lebhaften Debatte im Vorfeld des anstehenden XV. Parteitags der Kommunistischen Partei Chinas ( KPCh).

Spitzenvertreter der Staatlichen Kommission für die Strukturreform der Wirtschaft (*guojia tigaiwei*) erläuterten auf einer Pressekonferenz in Beijing die Methoden und Ziele der nach Shanghai Vorbild eingeleiteten Umstrukturierungen in der Staatsindustrie. (*Fazhi Ribao*, 7.5.97) Besonders hervorgehoben wurden neue Experimente mit der Umwandlung von inzwischen 9.200 Staatsbetrieben in Aktiengesellschaften, die eine Streuung der Eigentums- und Kontrollrechte über verschiedene öffentliche, nicht-öffentliche und ausländische Teilhaber erlauben. Außerdem wurde die sprunghafte Zunahme der Konkursverfahren ausdrücklich als Entwicklung eingeschätzt, die den Zielen der chinesischen Regierung und den Notwendigkeiten der wirtschaftlichen Modernisierung entspreche. Zurückgewiesen wurden auf der Pressekonferenz Suggestivfragen von Journalisten, denen zufolge nun einer allmählichen Privatisierung des Staatssektors nichts mehr im Wege stehe: In 85% aller heute börsennotierten Unternehmen hielten öffentliche (staatliche und kollektive) Teilhaber eine Kontrollmehrheit.

Über die bislang stets als wesentliches Merkmal der „sozialistischen Marktwirtschaft“ genannte „Dominanz des öffentlichen Eigentums“ wird derzeit kontrovers diskutiert, nicht nur parteiintern, sondern auch in den Medien. So prägte die Xinhua-Nachrichtenagentur jüngst die mehrdeutig-elastische Formel, daß der Staat auch künftig der „dominante Partner bezüglich des Eigentums an Unternehmen“ bleiben werde. (Xinhua, Beijing, 6.5.97, nach SWB, 9.5.97)

Solche Formeln erscheinen als vorsichtiger Rückzug gegenüber dem bisherigen Festhalten an der Dominanz öffentlichen Eigentums und treffen bei den Hütern der marxistisch-leninistischen Ideologie, die sich um den ehemaligen Propagandachef Deng Liqun scharren, auf heftige Kritik. Die Herausgebergruppe des wichtigsten Forums der chinesischen Marxisten-Leninisten, Dangdai sichao (Ideologische Strömungen der Gegenwart), hat jüngst ein Memorandum verfaßt,

das sich mit der Stellung des Staatseigentums in der chinesischen Wirtschaft und den Konsequenzen der aktuellen Reformbemühungen befaßt. Das Memorandum wurde in leicht gekürzter Form von der Hongkonger Zeitschrift *Kaifang* nachgedruckt (nach SWB, 30.5.97). Einige der Schlüsselpassagen, die deutlich machen, wie politisch und ideologisch sensibel die Eigentumsfrage im Kontext der chinesischen Politik ist, seien hier aufgeführt. Die Autoren des Memorandums kommen zu weitreichenden Schlußfolgerungen:

„Wenn das öffentliche Eigentum seine dominante Stellung verliert, wird es eine schwerwiegende Klassenpolarisierung geben, die gesamte Arbeiterklasse wird zu bloßen Lohnarbeitern herabgestuft werden, die Kommunistische Partei Chinas wird die ökonomische Basis ihrer Herrschaft verlieren, die Staatsverwaltung wird degenerieren, die Ideologie des Sozialismus wird sich auflösen... und China wird als Ganzes seine sozialistische Natur verändern und ein Anhängsel des internationalen Kapitalismus werden.“... „Wenn ein sozialistischer Staat darauf reduziert wird [einen fairen Wettbewerb zwischen dem öffentlichen und dem nichtöffentlichen Sektor zu garantieren], warum brauchen wir dann noch die Kommunistische Partei als regierende Partei?“ Wenn man die Überlegenheit des Sozialismus gegenüber dem Kapitalismus in China demonstrieren wolle, dann müsse man „die dominante Stellung des sozialistischen öffentlichen Eigentums verteidigen und weiterentwickeln“.

Die innerparteiliche Debatte über den von Führungsmitgliedern wie Zhu Rongji und offenbar auch Jiang Zemin gewünschten Durchbruch in der Reform der Staatsindustrie ist noch keineswegs abgeschlossen. Es wird mit Spannung zu verfolgen sein, auf welche Kompromißformeln sich die Parteit Spitze vor dem XV. Parteitag einigen wird und wie stark der innerparteiliche Widerstand gegen die geplanten ordnungspolitischen Neuerungen ausfallen wird. -hei-

## 6 Gesetz über Verwaltungsaufsicht verabschiedet: Verbesserte Umsetzung der Regierungspolitik und saubere Verwaltung als Ziel

Der Ständige Ausschuß des VIII. Nationalen Volkskongresses hat in seiner 25. Sitzung das Gesetz über

die Verwaltungsaufsicht (*xingzheng jianchafa*) verabschiedet. Das Gesetz, das 48 Paragraphen in sieben Abschnitten aufweist, trat bereits am 9. Mai mit der Unterzeichnung durch den Staatspräsidenten Jiang Zemin in Kraft. (*Fazhi Ribao*, 10.5.97) Es enthält Bestimmungen zu Organisation und Kompetenzen der Aufsichtsbehörden, zur Qualifikation des Aufsichtspersonals sowie detaillierte Regelungen zum Ablauf von Aufsichtsverfahren.

Erklärtes Ziel des neuen Gesetzes ist es, die konsequente Umsetzung der Regierungspolitik durch die Verwaltung zu gewährleisten, die Arbeitsdisziplin und Korruptionsfreiheit in staatlichen Behörden zu sichern sowie den Aufbau einer sauberen und effizienten Verwaltung insgesamt zu fördern. Unter anderem wird leitenden Funktionären in den Aufsichtsbehörden sogar gestattet, im Zuge von Aufsichts- und Ermittlungsverfahren an Sitzungen der Volksregierungen „als Beobachter“ teilzunehmen.

Es ist jedoch fraglich, ob durch das neue Gesetz die praktischen Befugnisse der Verwaltungsaufsichtsbehörden tatsächlich gestärkt werden: Die Aufsichts- und Ermittlungskompetenzen enden nämlich weiterhin vor den Türen der Parteikomitees und der Volksbefreiungsarmee (beide Institutionen werden im Gesetz nicht erwähnt), so daß es auch noch so bemühten staatlichen Aufsichtsbehörden unmöglich sein wird, zum Kern der weitläufigen Korruptionsgeflechte vorzustoßen. -hei-

## 7 Bombenexplosionen in Beijing: Politisch motivierte Anschläge und die Sicherheitslage

Die chinesische Hauptstadt wurde in den letzten Monaten mehrfach von Bombenexplosionen erschüttert, die ein Schlaglicht auf die sich rasch verändernde Sicherheitslage innerhalb Chinas werfen.

Am 7. März explodierte während der Hauptverkehrszeit eine Bombe in einem Bus der Linie 22. Drei Menschen kamen ums Leben, zehn wurden zum Teil schwer verletzt. Dieser Anschlag wurde in einem internen Bericht der Sicherheitsbehörden inzwischen den Aktivitäten von muslimischen Untergrundkämpfern aus der „Autonomen Region“ Xinjiang zugeschrieben. (SCMP, 30.4.97)

Darüber hinaus wurden im März zwei kleinere Bomben in Bussen entdeckt. Einer dieser Sprengsätze konnte aufgrund von telefonischen Warnungen vor der Detonation entschärft werden; bei der Explosion des zweiten Sprengsatzes wurde jedoch ein Passagier verletzt. Die Sprengsätze sollen demselben internen Bericht zufolge von Arbeitern gelegt worden sein, die ihre Stellung in staatlichen Betrieben verloren haben und sich in einer Untergrundgruppe zusammengeschlossen haben. Die Vorfälle werden in Zusammenhang gebracht mit einem Transparent, das am Tag nach Deng Xiaopings Tod an der Beijinger Sanyuan-Straßenüberführung angebracht worden war, von der Polizei aber umgehend entfernt wurde: „Mao Zedong ließ uns auf die Dörfer gehen (*xiaxiang*). Deng Xiaoping ließ uns in das Meer des Marktes eintauchen (*xiahai*). Jiang Zemin ließ uns den Arbeitsplatz verlieren (*xiaqiang*).“ (SCMP, 30.4.97)

Am 14. Mai kam es im Zhongshan-Park (nahe des Partei- und Regierungssitzes Zhongnanhai) zu einer weiteren Explosion, bei der ein Mann ums Leben kam. Ein Sprecher des Amtes für Öffentliche Sicherheit der Stadt Beijing teilte am nächsten Tag mit, daß es sich um einen Mann aus Hunan gehandelt habe, der sich aus nicht näher benannten Gründen selbst in die Luft sprengte, ohne andere Menschen in Mitleidenschaft zu ziehen. (IHT, 15.5.97)

Nicht nur in Beijing, sondern auch im südchinesischen Shunde (Provinz Guangdong) kam es jüngst zu einer Bombenexplosion: Am 12. Mai wurden bei einer Explosion in einem Bus fünf Menschen getötet und sechs verletzt. Die Bombe war von einem jungen Pärchen, dessen Motive ungeklärt sind, mit in den Bus gebracht worden. Beide kamen selbst ums Leben. (IHT, 15.5.97)

Die jüngste Serie von Bombenanschlägen macht deutlich, daß die chinesischen Sicherheitsbehörden zunehmende Schwierigkeiten damit haben, Terrorakte und Bombenanschläge in Chinas Städten zu verhindern. Nicht nur die Kontrolle über Schußwaffen, sondern auch die Kontrolle über die Abgabe von Industriesprengstoffen beginnt zu einem wachsenden Problem der inneren Sicherheit in China zu werden.- hei-

## 8 Hinrichtungen von muslimischen Untergrundkämpfern in Xinjiang - Aktivitäten der „Partei Allahs“

Im April und Mai sind in der „Autonomen Region“ Xinjiang mindestens elf Aktivisten muslimischer Untergrundgruppen hingerichtet worden, die an antichinesischen Unruhen und Anschlügen im Februar beteiligt gewesen sein sollen. (*Xinjiang Ribao*, 26.4.97, nach SWB, 10.5.97; Xinhua, Ürümqi, 29.5.97)

Das Mittlere Volksgericht des Bezirks Ili verkündete am 24. April auf einer Massenversammlung im Bezirksstadion die Urteile über die „erste Gruppe“ von Muslimen, denen die Rädelsführerschaft während der Unruhen in Yining am 5. und 6. Februar dieses Jahres (siehe C.a. 1997/2, S.116-117) zur Last gelegt wurde. 30 Personen waren angeklagt, drei wurden wegen mehrfacher schwerer Verbrechen (unter anderem Totschlag, Körperverletzung, Brandstiftung, Plünderung und Sachbeschädigung) sowie Gefährdung der nationalen Sicherheit zum Tode, einer zu lebenslanger Haft verurteilt. 26 andere wurden zu Gefängnisstrafen zwischen sieben und achtzehn Jahren verurteilt.

Am 29. Mai wurden darüber hinaus acht muslimische Untergrundkämpfer hingerichtet, die durch fünf Bombenanschläge in öffentlichen Bussen in Ürümqi am 25. Februar neun Personen getötet und 58 verletzt haben sollen. Vier weitere Angeklagte wurden zum Tode mit zweijährigem Aufschub, zu lebenslanger Haft bzw. zu längeren Haftstrafen verurteilt. Einige der von den chinesischen Behörden als zwölköpfige terroristische Gruppierung eingeschätzten Angeklagten sollen zwischen Dezember 1996 und Februar 1997 außerdem mehrere Raubüberfälle begangen haben, bei denen neun Personen ums Leben kamen und zwei verletzt wurden. Nach dem erstinstanzlichen Urteil des Mittleren Volksgerichts vom 16. Mai legten fünf der Angeklagten Berufung beim Oberen Volksgericht ein. Dieses bestätigte jedoch die erstinstanzlichen Urteile.

Der Vorsitzende der „Autonomen Region“ Xinjiang, Abdulahat Abdurixit, machte Anfang Mai erstmals genauere Angaben über eine der muslimischen Untergrundgruppen, die sogenannte „Partei Allahs“, die für die Unabhängigkeit von China und einen islamischen Gottesstaat kämpft.

Die Gruppierung sei im letzten Jahr mit Ablegern in ganz Xinjiang gegründet worden. Die Sicherheitsbehörden hätten sie aber weitgehend unschädlich gemacht. Der von Beijing eingesetzte Funktionär schätzt die Zahl der in Xinjiang gegen die chinesische Herrschaft kämpfenden Untergrundaktivisten auf höchstens 1.600. Die Regierung sei in der Lage, diese Gruppen zu kontrollieren und zu verhindern, daß sie eine wichtige Kraft würden. Im Hinblick auf die jüngsten Anschläge in Ürümqi sagte Abdulahat Abdurixit, daß es bislang keine Hinweise auf ausländische Unterstützung gebe. (SCMP, 12.5.97) -hei-

---

## Wissenschaft, Bildung Gesellschaft, Kultur

---

### 9 Zwanzig Jahre Akademie der Sozialwissenschaften

Im Mai 1997 feierte die Chinesische Akademie der Sozialwissenschaften ihr zwanzigjähriges Bestehen. Sie war im Mai 1977 aus der Chinesischen Akademie der Wissenschaften, in der sie bis dahin als Abteilung für Philosophie und Sozialwissenschaften bestand, ausgegliedert und als selbständige Einheit gegründet worden. Im Laufe der Jahre hat sich die Akademie der Sozialwissenschaften zur wichtigsten Forschungsstätte Chinas in den Human- und Sozialwissenschaften entwickelt. Verfügte die Akademie ursprünglich nur über 14 Institute mit 1.700 Beschäftigten, so zählt sie heute 31 Institute mit über 4.000 Angestellten, von denen gut 1.500 höherrangige Forscher sind. Etwa 300 von ihnen sind autorisiert, Doktoranden anzunehmen. Seit ihrer Gründung sind in der Akademie fast 2.000 Magister- und über 460 Dokortitel vergeben worden. Außerdem wurden mehrere zehntausend Monographien und Artikel veröffentlicht. Nicht zuletzt fungieren zahlreiche Akademieforscher auch als Berater für Partei und Regierung.

Auf dem Festakt anlässlich des Jubiläums hielt Li Tieying als Vertreter von Partei und Regierung die Festrede; außerdem sprach Akademiepräsident Hu Sheng, von Hause aus Historiker und orthodoxer Marxist. Beide betonten die Notwendigkeit der korrekten politischen Ausrichtung in der geistes- und sozialwissenschaftli-